

KIT-Personalrat ist sauer auf die neue Ministerin

Die Besetzung des Aufsichtsrats sorgt weiter für Zündstoff

Von unserem Redaktionsmitglied
Rainer Haendle

Karlsruhe. Die neue Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (Grüne) hat sich bei ihrem Antrittsbesuch am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) gleich richtig in die Nesseln gesetzt. Der KIT-Personalratsvorsitzende Wolfgang Eppler reagierte gestern auf BNN-Anfrage mit Empörung auf die Aussage der neuen Ministerin, dass im künftigen KIT-Aufsichtsrat kein Platz für Arbeitnehmervertreter sei. „Der Personalrat verhandelt seit Monaten mit dem Ministerium über das neue KIT-Gesetz und erfährt aus der Presse, dass die Verhandlungen im wesentlichen Punkt gescheitert sind“, erklärte Eppler mit Blick auf den gestrigen BNN-Bericht. Der oberste Vertreter der rund 8 500 Mitarbeiter sprach von einem „Armutszeugnis der neuen Regierung“.

Eppler warf die Frage auf, ob dies der versprochene partizipative Umgangsstil der grün-roten Regierung sei. Beim ersten KIT-Gesetz vor zwei Jahren sei es zu einem einvernehmli-

chen Ergebnis zwischen Beschäftigtenvertretern und Ministerium gekommen, „indem beiderseitig die Argumente ernst genommen wurden und konstruktiv nach Kompromissen gesucht wurde“. Im aktuellen Autonomieprozess der Großforschungs- und Lehreinrichtung, bei dem sich der Staat aus der Steuerung zurückziehe, beharrten Ministerium und KIT-Präsidium auf einer Aufsichtsratsbesetzung ohne Arbeitnehmervertreter.

Eppler: Armutszeugnis der neuen Regierung

Der Personalratschef verwies an diesem Punkt auf Unternehmen bei denen der Aufsichtsrat als Kontrollgremium teilweise sogar paritätisch mit Arbeitnehmervertretern besetzt sei. Um strategische Entscheidungen über die Zukunft des KIT und seiner Beschäftigten nicht im Wesentlichen Industrievertretern zu überlassen, würden sich sowohl der Personalrat als auch die Studenten für eine Beteiligung im Aufsichtsrat stark machen. „Wir haben eine ganze Reihe weiterer guter Argumente vorgetragen, warum die durch den Rückzug des Staates verursachte Aufsichtslücke durch KIT-Arbeitnehmer ausgefüllt werden muss“, so Eppler.